

## Sonderfonds-Pläne von Schwarz-Gelb

### Aufstand gegen Schattenhaushalt



Schatten der Vergangenheit (Bild: dpa)

Berlin. Im Februar 2009 war die FDP noch strikt dagegen: Ein Schattenhaushalt käme für die Liberalen nicht in Frage, schrieb damals die FDP-Bundestagsabgeordnete Marina Schuster auf der Internet-Plattform **Abgeordnetenwatch.de**. "Gegen diese Auslagerung sprechen wir von der FDP-Bundestagsfraktion uns vehement aus, da es das hohe Ausmaß der Neuverschuldung verschleierte, das die kommenden Generationen belasten wird." Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jürgen Koppelin, habe dies "zu Recht als Schattenhaushalt" kritisiert, so Schuster. "Die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit werden auf diesem Wege unterlaufen."

Was man jetzt hört, klingt anders: FDP-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verteidigt die Überlegungen der künftigen Koalitionspartner zur Einrichtung eines Sonderfonds. Mögliche Ausnahmen bei der Schuldenbegrenzung in krisenhaften Zeiten seien legal, sagte die ehemalige Bundesjustizministerin am Mittwoch im Deutschlandfunk. Auch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode seien Sondervermögen für die Konjunkturpakete eingerichtet worden. Zugleich betonte sie, dass dieser Sonderfonds als eine Möglichkeit diskutiert werde, um die Defizite der Sozialversicherungen decken zu können, ohne Beitragserhöhungen vornehmen zu müssen.

Die künftige schwarz-gelbe Koalition will mit einem Schattenhaushalt die erwarteten Milliardenlöcher bei den Sozialversicherungen stopfen. Mit dem Sonderfonds soll insbesondere das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) von bis zu 50 Milliarden Euro gedeckt werden.

Die künftige schwarz-gelbe Koalition will mit einem Schattenhaushalt die erwarteten Milliardenlöcher bei den Sozialversicherungen stopfen. Mit dem Sonderfonds soll insbesondere das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) von bis zu 50 Milliarden Euro gedeckt werden.

Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon hat die geplante Einrichtung eines Nebenhaushaltes zur Finanzierung der Defizite in den Sozialversicherungen gegen breite Kritik von Opposition und Ökonomen verteidigt. Ziel des Fonds sei es, die Bundesagentur für Arbeit (BA) dauerhaft mit stabilen Beiträgen führen zu können, sagte der CSU-Politiker am Mittwoch im ZDF. Der Schattenetat wird voraussichtlich einen Umfang von rund 50 Milliarden Euro haben und würde neben dem offiziellen Bundeshaushalt herlaufen. In ihm würden die Staatshilfen für die BA in den kommenden Jahren gebündelt.

Es gebe bereits einen Fonds zur Stützung der Banken und zur Rettung des Mittelstandes, sagte Fahrenschon. Das gleiche Instrument solle nun zur Stabilisierung der BA eingesetzt werden. "Es ist begrenzt, es ist eine Maßnahme in dieser Krise", unterstrich er. In den Koalitionsverhandlungen wird erwogen, der BA über den Fonds 45 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen und der Gesetzlichen Krankenversicherung rund vier Milliarden.

**Deutschland hat gewählt**  
Schwarz-gelb stellt sich auf. Alles Wichtige über die Koalitionsverhandlungen, dazu Ergebnisse, Kommentare, Hintergründe, Fotostrecken im **Spezial zur Bundestagswahl**

Gespeist würde der Fonds zum Großteil aus neuen Schulden. Er könnte so gestaltet werden, dass die ab 2011 greifende neue Schuldenbremse im Grundgesetz ihn nicht erfasst. Die Entscheidung über Art und Umfang des Fonds soll in der Schlussrunde der Koalitionsverhandlungen von Union und FDP fallen, die am Mittwochmittag beginnen sollte.

### "Haushaltsparty auf Wirtschaftskrise buchen"

Auch in den eigenen Reihen sind die Pläne umstritten. Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Christian Baldauf, sagte im Südwestrundfunk, er halte "nichts davon, mit dem Ziel neuer Schulden einen Sonderfonds aufzulegen". Sowohl bei der Arbeitslosenversicherung wie auch in der Gesundheitspolitik seien Einsparungen möglich, mit denen sich der Sonderfonds vermeiden ließe.

Aus Sicht des finanzpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, dient der geplante

Schattenhaushalt nur dazu, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der FDP- Vorsitzende Guido Westerwelle ihr Gesicht wahren könnten. Damit sollten Spielräume für die Umsetzung der Wahlversprechen geschaffen werden, sagte Poß dem RBB-Inforadio. Mit solider Haushaltsführung habe das nichts zu tun.

Die Haushaltsexpertin der Grünen, Christine Scheel, übte ebenfalls Kritik an einem Schattenhaushalt. Diese Pläne seien verfassungsrechtlich sehr bedenklich, sagte Scheel der "Augsburger Allgemeinen". Den Liberalen warf sie "fortgesetzte Wählertäuschung" vor. "Die FDP hat immer gesagt, ihre Steuersenkungen seien über Einsparungen gegenfinanziert. Wir haben bislang keinen einzigen Vorschlag gehört."

Scharfe Kritik am Vorgehen der künftigen Koalition kam aus der Wissenschaft. Der Steuerexperte des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Alfred Boss, sagte der "Süddeutschen Zeitung", Union und FDP wollten die Verfassung ignorieren. Durch eine Kürzung der Ausgaben sei es möglich, Steuern zu senken und gleichzeitig der Schuldenbremse Rechnung zu tragen. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, bezeichnete den Fonds als schwarze Kasse: "Die neue Haushaltsparty auf die große Wirtschaftskrise buchen zu wollen, ist ganz schön kühn", kritisierte Zimmermann.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, sagte im Sender MDR INFO, es dürfe nicht sein, dass Steuersenkungen mit neuen Schulden finanziert werden. "Das ist eine unseriöse Finanzpolitik." Schattenhaushalte seien der falsche Weg, weil damit nur die Schulden erhöht werden würden. "Statt solcher Tricks sollten Union und FDP jetzt eine ehrliche Steuerpolitik machen", sagte Däke.

Union und FDP starten am Nachmittag ihre Abschlussverhandlungen. Unter Leitung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), FDP-Chef Guido Westerwelle und dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer kommt die 27-köpfige Runde zusammen, um die großen Streitthemen aus dem Weg zu räumen. Zu den großen Brocken zählt die Höhe der Steuerentlastungen. Die Union hat 20 Milliarden Euro angeboten, während die FDP ein Entlastungsvolumen von 35 Milliarden Euro fordert. Strittig ist auch noch die Finanzierung des Gesundheitssystems. (mo/dpa/ddp)

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 21.10.2009 um 10:22:57 Uhr

Letzte Änderung am 21.10.2009 um 12:43:32 Uhr

Erscheinungsdatum 21.10.2009

URL: [http://www.fr-online.de/top\\_news/?em\\_cnt=2029650&em\\_loc=2091](http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=2029650&em_loc=2091)